

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Mein persönliches Rating zu Rating-Agenturen



Welch unglaublich große Macht die großen internationalen und dominierenden Rating-Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's und Fitch haben und welche Auswirkungen ihre Bewertungen auf die Finanzmärkte nach sich ziehen,

dies konnten wir alle gerade aktuell wieder erleben. Standard & Poor's (S&P) hatte vor Kurzem die Herabstufung der Kreditwürdigkeit Frankreichs signalisiert – und diese Mitteilung im Anschluss, 1 Stunde und 43 Minuten später, als technischer Defekt / Programmierfehler bezeichnet. Unter der Überschrift „Standard & Murks“ schrieb das Nachrichtenmagazin „Spiegel online“ am 11. November: „War es nur eine dumme Panne? Die versehentliche Herabstufung Frankreichs durch Standard & Poor's nährt das Misstrauen gegen Rating-Agenturen.“

Daran hat die Branche selbst Schuld: Eine hohe Fehlerquote untergräbt das Vertrauen in ihre Urteile.“ Das „Handelsblatt“ schreibt am 11. November hierzu: „Es ist doch so: Wer auch immer Geld anlegen will, steckt spätestens seit der Finanzkrise in einem Dilemma. Es gibt für große Unternehmen, für Finanzprodukte und für Länder genau drei Ratingagenturen, die die Bonität der Schuldner prüfen. Diese drei Agenturen haben komplett versagt, als es darum ging, heikle Finanzprodukte richtig zu bewerten.“ Bewertungen müssen zutreffend und nachvollziehbar sein. Gerade bezüglich der Nachvoll-

ziehbarkeit herrscht hier aber vor allen Dingen eines: Intransparenz.

Nach wie vor vertrete ich die Ansicht, dass die Einrichtung einer unabhängigen „Europäischen Ratingagentur“ unabdingbar ist. Das Europäische Parlament hat sich nun mehrfach kritisch mit den Ratingagenturen auseinandergesetzt. Auch die Europäische Kommission ist hier auf dem richtigen Weg, EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier leistet eine wichtige Arbeit. Die Vormachtstellung der drei großen Ratingagenturen aus den USA muss ein Ende finden, wir brauchen mehr Wettbewerb und mehr Transparenz.

EU-Verordnung: Keine Zockerei mit Staatsanleihen



Die hoch spekulativen Finanzgeschäfte, die auch die Griechenlandkrise immer weiter vorantrieben, sollen nun nicht mehr möglich sein. Dazu wurde am 16. November 2011 eine EU-Verordnung verabschiedet.

Dr. Thomas Ulmer MdEP in einem Statement zu dieser neuen Verordnung: „Durch das Eingreifen der EU werden spekulative Geschäfte, die Staaten schaden, in Zukunft nicht mehr möglich sein. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Bewältigung und Eindämmung der Eurokrise.“

Konkret sieht die EU-Verordnung zweierlei vor:

1. Schaffung stärkerer Instrumente, um Spekulationen mit Leerverkäufen von Kredi-

tausfallversicherungen für Staatsanleihen zu verhindern. Dabei handelt es sich um ein hoch spekulatives Geschäft, das es ermöglicht, gegen einen Staat zu wetten. Normalerweise sichern sich Anleger mit Kreditausfallversicherungen gegen den Ausfall von Anleihen ab. Bisher war es möglich, solche auch zu kaufen, wenn man keine Staatsanleihen besaß. Dies ist reine Spekulation, da man wettete, dass ein Staat bankrott gehen werde. Der Erwerb von Kreditausfallversicherun-

gen ist mit dem in Kraft treten der Verordnung in Zukunft nur unter strengen Auflagen und kontrolliert möglich. Kreditausfallversicherungen können nur noch erworben werden, wenn man auch die jeweiligen Staatsanleihen besitzt.

2. Leerverkäufe werden in Zukunft nicht mehr möglich sein. Leerverkäufe sind ebenfalls ein spekulatives Instrument, bei dem ein Spekulant Wertpapiere verkauft, die er nicht besitzt (ungedeckter Leerver-

kauf) oder sich geliehen hat (gedeckter Leerverkauf), um diese zu einem niedrigeren Kurs später zurückkaufen zu können.

„Es wurde ein Regelwerk geschaffen, um gemeinsam gegen Spekulanten vorzugehen. Dies war ein notwendiger Schritt, da es bisher keine einheitlichen Regelungen für Leerverkäufe gab. Es konnte mehr Transparenz geschaffen werden, um der Zockerei vorzubeugen“ ist Ulmer überzeugt.

Straßburg: Zu Besuch bei Dr. Ulmer MdEP im Europäischen Parlament



Teck-Realschule, Kirchheim unter Teck

Realschule Schriesheim

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

EP fordert abgestimmte Maßnahmen gegen Online-Glücksspiele und für Kinderschutz



Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten soll im Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel gestärkt werden. Dabei soll auch der Schutz von Kindern und gefährdeten Verbrauchern miteinbezogen werden. Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU) ist hier der Ansicht, dass dies durch gemeinsame Standards oder eine Rahmenrichtlinie geschehen sollte.

„Es ist zwar wichtig, dass die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten, allerdings wird dies alleine nicht ausreichen, um die Probleme zu lösen. Die EU muss auch in Zukunft eine stärkere Rolle spielen“, so Ulmer.

Es wird vorgeschlagen, dass Mitgliedstaaten ein Lizenzierungsmodell einführen. Dies dient zum Schutz der Spieler und gewährleistet gleichzeitig, dass Glücksspieler die Kriterien erfüllen. Des Weiteren soll es die Möglichkeit geben, Transaktionen zwischen Banken beziehungsweise Kreditkartenherausgebern und auf schwarzen Listen aufgeführten Glücksspielanbietern zu prüfen und entsprechend zu blockieren. Um Minderjährige zu schützen und auch Spielsucht zu verhindern, müssen vor Beginn der Spieltätigkeit Kontrollen wie Altersüberprüfung und Beschränkung für elektronische Zahlungen vorhanden sein. Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte auch ein europaweiter Verhaltenskodex für Online-Glücksspiele sein.

Um Minderjährige zu schützen und auch Spielsucht zu verhindern, müssen vor Beginn der Spieltätigkeit Kontrollen wie Altersüberprüfung und Beschränkung für elektronische Zahlungen vorhanden sein. Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte auch ein europaweiter Verhaltenskodex für Online-Glücksspiele sein.

Fachkräfte sollen im EU-Ausland einfacher arbeiten können



mangel entgegen, sondern kurbelt auch das Wirtschaftswachstum an. Ein Ziel, das der Europaabgeordnete Dr. med. Thomas Ulmer nach besten Kräften unterstützt. Darüber hinaus fordert Ulmer: „Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten muss es einen besseren Informationsaustausch geben, damit man darüber informiert ist, wenn sich jemand eines Berufsvergehens schuldig gemacht hat.“ Um das Verfahren zu vereinfachen, soll eine freiwillige Berufskarte eingeführt

werden. Diese Karte soll auch mit dem Binnenmarktinformationssystem verbunden werden, welches öffentliche Behörden in der EU verbindet. Innerhalb dieses Systems soll ein Warnmechanismus eingerichtet werden, um alle Mitgliedstaaten zu informieren, sobald gegen eine Fachkraft behördliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Des Weiteren soll die Regelung zu Sprachanforderungen, besonders für Fachkräfte in der Gesundheitsvorsorge, überarbeitet werden. „Dies ist wichtig“, so Ulmer, „da die entsprechende Fähigkeit mit Kollegen und Patienten zu kommunizieren, gefährliche Situationen vermeiden kann.“

Europäisches Parlament fordert Maßnahmen gegen Bienensterben



Das Europäische Parlament erwartet von der EU, dass diese energisch gegen das Bienensterben vorgeht und die Ursachen erforscht. Hierfür fordert eine breite Mehrheit der Europaabgeordneten, mehr Mittel aus dem künftigen EU-Forschungsrahmenprogramm einzusetzen. Um herauszufinden, welche Krankheiten und Umwelteinflüsse für das Bienensterben verantwortlich sein könnten, muss der EU-Forschungsetat aufgestockt werden. „Wir dürfen das Bienensterben nicht einfach ignorieren, da es eine Gefahr für die Nahrungsmittelproduktion darstellt, denn die meisten Pflanzen werden von Bienen bestäubt“, so der Europaabgeordnete Dr. Ulmer.

Um mögliche Krankheitserreger und Gesundheitsbedrohungen besser erforschen zu können, fordert das Europäische Parlament die Einrichtung eines europäischen Netzes. Die

EU-Länder sollen ihre Kräfte in Forschung, Präventionsforschung und Kontrollmaßnahmen bündeln und Ergebnisse mit Labors, Biennzüchtern, Landwirten und Industrie teilen. Auf diese Weise können Überschneidungen vermieden und eine höhere Wirksamkeit erzielt werden.

Zusätzlich muss die EU-Kommission einen Dreijahresplan erstellen, in welchem alle Bienvölker in Europa erfasst werden können.

Ein weiterer Aspekt sind neue Behandlungsmethoden zur Bekämpfung der Varroamilbe, welche für rund 10 Prozent des Bienensterbens verantwortlich ist. Im Rahmen der europäischen Veterinärpolitik soll die Bekämpfung der Bienenkrankheit koordiniert und finanziert werden. Weiteres Ziel ist es, die rund 70.000 Imker in der EU gezielt zu fördern, um den Erhalt der Honigbiene zu unterstützen. Auch die Kennzeichnung von Honig und Honigprodukten soll EU-weit strenger kontrolliert werden. „Es ist wichtig, dass Anreize zur Produktion von qualitativ hochwertigen Produkten geschaffen werden, schließlich wollen wir alle eine gute Qualität unserer Lebensmittel“, erklärte Ulmer abschließend.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement Europeen;

Besucherguppen © Heike Nahrgang (2); Foto Ulmer © Matthias Busse; Foto Gewinn und Verlust (2) © Gerd Altmann / pixello.de; Foto: Royal Flush beim Poker

© Alexander Klaus / pixello.de; Foto: Knieop: © Martin Bödenbender / pixello.de;

Foto: Biene auf Herbstaster © Erika Hartmann / pixello.de

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu